

Da haben wir uns was eingehandelt!

Mörfelder und Walldorfer Bürger, die zu den Stadtverordneten-Sitzungen kommen, schütteln nur noch den Kopf. Harte unsachliche Konfrontation, bössartige Polemik, bestimmen seit Monaten die Szene. — Eine Fusionsfolge! Denn ging es in den alten Parlamenten in Mörfelden und Walldorf vergleichsweise friedlich zu, so haben wir uns jetzt eine CDU-Spitze eingehandelt, die keine Möglichkeit zum Zusammenstoß mit den Stadtverordneten der SPD und der DKP ausläßt. Ehrgeizige Jungpolitiker, Männer die Karriere machen wollen, an der Spitze Hugo Jung, ein Mann Dreggers und der Farbwerke Hoechst AG. Wenn er seine Vorwürfe zu Papier bringt, dann werden's gleich sechs Seiten.

Natürlich bleibt die ständige Profilierungssucht der kleinen CDU-Spitze nicht ohne Folgen in der eigenen Partei. So haben innerhalb von einem guten Jahr fünf CDU-Stadtverordnete „das Handtuch geschmissen“. Wir meinen, es ist höchste Zeit, daß in der Stadtverordneten-Versammlung wieder ein anderes Klima einzieht, ein Klima, in dem sachlich kommunalpolitische Probleme diskutiert und zu Gunsten der arbeitenden Bevölkerung gelöst werden können. Für diese Entkrampfung stehen die Zeichen aber leider sehr schlecht. Im Herbst ist Landtagswahl. Dregger will den Regierungssessel und die CDU denkt auch im Stadtparlament nur noch an dieses Ziel. Und so sind die nächsten Konflikte schon vorprogrammiert. Jüngstes Beispiel: die CDU will, daß noch in diesem Jahr eine Gedenkstätte für die „Opfer des 17. Juni“ errichtet wird. Hier gibt es natürlich wieder „Bundestagsdebatten“ im Stadtparlament. Hier kann sich Hugo Jung, der,

wenn er tatsächlich in den Bundestag nachrückt, dort ganz hinten sitzen wird, seiner Fraktion wieder was „vorturnen“.

Natürlich werden die anderen Parteien dazu ihre Meinung sagen müssen. Wir sind z.B. dagegen, aus vielen Gründen, die wir darlegen werden, vor allem deswegen, weil wir meinen, notwendig ist heute Entspannung, keine neuen Spannungen. Notwendig ist Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten und kein neuer „kalter Krieg“.

Es wäre gut, wenn die CDU dies begreifen und sich zur sinnvollen kommunalpolitischen Arbeit entschließen könnte.

Die Puhdys in Walldorf

Dies ist eine echte Sensation — die „Puhdys“, die beste Rockgruppe der DDR, kommt nach Walldorf. Um diese Gruppe, die auch bei uns vom Fernsehen und von Platten bekannt ist, hat sich die DKP-Mörfelden/Walldorf und die SDAJ seit langem bemüht. Nun konnten sie für Walldorf fest verpflichtet werden. Sie spielen am Freitag, 23. Juni '78, um 20 Uhr in der Stadthalle. Es lohnt sich, den Abend freizuhalten. Karten gibt es an der Abendkasse und im Freiverkauf.

Kein Kasernenbau in Mörfelden

Die Proteste hatten Erfolg!

In den „Mitteilungen an die Stadtverordneten-Versammlung“ gibt der Bürgermeister ein Schreiben der Grenzschutzverwaltung Mitte „zur gefälligen Kenntnis“. Im Brief der Grenzschützer heißt es, sie hätten einen anderen Standort gefunden und könnten deshalb die Offerte des Magistrats leider nicht berücksichtigen. Am Schluß heißt es dann: „Für Ihr Interesse an der Stationierung einer Grenzschutzereinheit dürfen wir Ihnen herzlichen Dank sagen.“

Sie haben also kalte Füße bekommen, diese Herren, denn gepaßt hätte ihnen Mörfelden-Walldorf schon, aber die Proteste haben sie natürlich auch registriert. Sie konnten sich ausrechnen, daß es dabei nicht geblieben wäre. „Damit dürfte auch dieses Thema seinen Abschluß gefunden haben“, schreibt Bürgermeister Brehl in seinen Mitteilungen. Dazu hat er mit dem formulierten „Interesse an der Stationierung“ allerdings nichts beigetragen. Bleibt festzuhalten: Es war die DKP, die im „blickpunkt“ die Geheimsache „Kasernenbau in Mörfelden“ ans Licht brachte und auch die Hintergründe dieses Plans beleuchtete. Den folgenden Protesten aus der Bevölkerung haben sich auch die Sozialdemokraten angeschlossen. Bei den Protestierenden gegen den geplanten Kasernenbau waren CDU-Vertreter nicht zu finden. Im Gegenteil — vor allem ihre Vertreter im Bauausschuß hatten sich für weitere Verhandlungen mit dem Grenzschutz ausgesprochen. Man sollte sich's merken.

„Mörfelder Gebabbel“

Unser Heimatdialekt verändert sich. Wörter, die unseren Großeltern noch geläufig waren, sind heute schon nicht mehr bekannt.

Der „blickpunkt“ hat nun viele hundert typische „Mörfelder Wörter“ zusammengetragen, dazu „Sprüche“, Geschichten und Bilder vom „alten Mörfelden“.

Alles zusammen wird in einem kleinen Buch abgedruckt, das unter dem Titel „Merfelder Gebabbel“ noch in diesem Sommer erscheinen wird.

Wer für dieses Buch noch ein Foto zur Verfügung stellen möchte, wer noch einige interessante alte Wörter, Sprüche und Geschichten kennt, wer helfen will, diese einmalige Arbeit zu finanzieren (z.B. durch eine Anzeige), kann sich bei den „blickpunkt“-Herausgebern melden.



Am 20. Mai demonstrierten in vielen Städten die Bürger gegen die Neutronenbombe, für Frieden und Abrüstung. In Wiesbaden, wo Martin Niemöller, Franz Xaver Kroetz und andere sprachen, fanden sich fast 10.000 Teilnehmer zusammen. (Die „Hessenschau“ hatte nur 500! gezählt.) Aus Mörfelden/Walldorf waren zahlreiche Bürger dabei, darunter die DKP-Stadtverordneten mit einem eigenen Transparent.

Die Kompostierungsanlage Bischofsheim funktioniert immer noch nicht Mörfelden ist der Leidtragende

Die bereits 1973 geplante und im Sommer 1975 fertiggestellte Müllkompostierungsanlage hat zwar die Steuerzahler des Kreises Groß-Gerau die stolze Summe von 18 Millionen Mark gekostet, ist aber bis heute noch nicht voll funktionsfähig.

Wenn die Anlage so gefahren wird, wie ursprünglich vorgesehen, dann können es die Bewohner der in der Nähe liegenden Siedlung vor Gestank nicht aushalten. Aufgrund der Proteste aus der Bevölkerung hat man alle möglichen Versuche gestartet, die bis heute jedoch noch keine greifbaren Ergebnisse brachten.

Während der Versuche wird die Müllannahme auf ein Mindestmaß gedrosselt. Der Großteil des Hausmülls aus dem Kreis Groß-Gerau von Gernsheim bis Kelsterbach wird deshalb schon seit Juli 1977 auf die Deponie Mörfelden gefahren, wo sowieso schon der Sperrmüll des gesamten Kreises täglich anrollt. In einer Vereinbarung zwischen dem Kreis und der Stadt war die vorüberge-

hende Anfuhr von etwa zweidrittel des im Landkreis Groß-Gerau anfallenden Hausmülls zur Sperrmülldeponie Mörfelden bis zum 31.3.78 befristet. Bis zu diesem Zeitpunkt sollten die Versuche abgeschlossen sein und man gab sich bei den Riedwerken, die die Kompostierungsanlage betreiben, sehr hoffnungsvoll und meinte, daß dann die Anlieger nicht mehr mit einer Geruchsbelästigung zu rechnen hätten. Dem ist nun nicht so. In einem Brief an den Magistrat der Stadt Mörfelden/Walldorf schreiben die Riedwerke, daß die laufenden Versuche zu einem geruchsfreien Funktionieren der Müll-Klärschlamm-Kompostierungsanlage, bislang leider nicht zu dem gewünschten Erfolg führten. Weiterhin wurde mitgeteilt, daß keine neuen Versuche eingeleitet werden und die laufenden Versuche, bis auf eine Ausnahme, eingestellt werden. Da noch nicht abzusehen ist, wann und ob überhaupt bzw. unter welchem finanziellen Aufwand die Anlage in Bischofsheim wieder voll betriebsfähig ist, muß die

Stadtverordnetenversammlung Mörfelden/Walldorf über einen Antrag des Magistrats beschließen, der die weitere Aufnahme des Hausmülls aus dem Kreis Groß-Gerau für ein weiteres Jahr in Mörfelden gestattet.

Mörfelden wird also weiterhin der Leidtragende sein, denn durch die Straßen werden weiter Müllfahrzeuge aus dem ganzen Kreis fahren und die Stadt wird durch das Bereitstellen der Grube für noch mehr Müll aus anderen Städten, keinen Pfennig kassieren können. Es erscheint in diesem Zusammenhang sehr billig, wenn der Bürgermeister mitteilt, daß als „kleines Äquivalent“ die Stadt kostenlos Abbruchmaterial von zwei städtischen Gebäuden in der Mörfelder Grube anliefern kann.

In der letzten Bauausschußsitzung stellte der Vertreter der DKP sicherlich die berechtigte Frage nach den Kosten der Fehlinvestition. Bisher hat man immer nur gesagt, es seien durch die Versuche noch keine Kosten angefallen. Heute ist in dem Brief der Riedwerke zu lesen, daß Versuche im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie durchgeführt wurden. Dies sind aber doch auch Steuergelder.

Die Frage ist heute sicherlich berechtigt: „Sind die Kreispolitiker von der Lieferfirma aufs Kreuz gelegt worden? Hat man die Katze im Sack gekauft?“

Eine Seefahrt, die ist lustig

In diesem Jahr werden durch die Stadt im Juli und im August wieder Schiffahrten für Senioren ab 65 Jahre durchgeführt. Der Ablauf ist wie folgt geplant: Abfahrt mit Bussen in Mörfelden/Walldorf um 13.00 Uhr zum Hafen Kelsterbach. Einschiffung auf dem Fahrgastschiff Primus und Fahrt mainaufwärts nach Frankfurt zum Eisernen Steg. In Frankfurt wird ein 1 1/2 stündiger Landgang angeboten, mit der Möglichkeit, das Historische Museum, den Dom, den Kaisersaal, die Paulskirche und evtl. das Kommunale Kino zu besuchen. Für Musik an Bord ist eine kleine Kapelle (zwei Mann) angeheuert. Die Rückfahrt erfolgt über den Osthafen Frankfurt nach Kelsterbach (Ankunft gegen 18.00 Uhr).

Eine Antwort, die keine ist

Auf Initiative der DKP-Mörfelden-Walldorf und der SPD-Fraktion, wandte sich der Magistrat an verschiedene Stellen mit der Bitte um Auskunft über das US-Bombenlager im Oberwald.

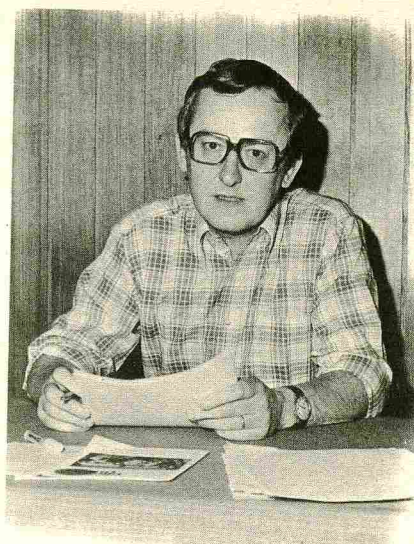
Mit einem Schreiben vom 2. Mai hat nun das Finanzministerium Stellung genommen. In dürren Worten wird mitgeteilt, „die unsere Sicherheit wäre gewährleistet“ einige Sicherheitsvorkehrungen würden z. Zt. noch verstärkt.

Dann heißt es im Brief: „Zu der Art der eingelagerten Munition kann ich leider nicht näher Stellung nehmen.“

Da haben wir's wieder einmal. Man will uns beruhigen, aber zur Sache selbst gibt es keine Antwort. Es zeigt sich, die Bevölkerung hat allen Grund, beunruhigt zu sein und wachsam zu bleiben. Der politischen Entspannung sollte jetzt endlich die militärische folgen. Ein solches Lager gehört nicht in unser Ballungsgebiet.

„Denn ein solches Wettrüsten kann doch nicht endlos weitergehen. Es unterhöhlt unerbittlich das Gebäude der politischen Entspannung, und wenn es uns nicht gelingt, es zu stoppen, kann es die Zukunft der Menschheit selbst in Frage stellen.“

Aus der Fernsehansprache von Leonid Breshnew



Rudi Hechler
DKP-Kandidat zur
Landtagswahl '78:

**„Die kapitalistische
Rüstungsindustrie ist an
Abrüstung
nicht interessiert!“**

Der politischen Entspannung muß die Abrüstung folgen

Eine neue Massenvernichtungswaffe bedroht uns: die Neutronenbombe. Präsident Carter hat zwar entschieden, daß diese Bombe vorläufig nicht serienmäßig hergestellt werden soll. Einen endgültigen Verzicht hat er aber nicht ausgesprochen.

Trotzdem ist auch der „vorläufige Verzicht“ ein Erfolg. — Hier wurde deutlich, welch nachhaltigen Einfluß eine wachgewordene, sich für Entspannung und Abrüstung engagierende Öffentlichkeit auf Regierungsentscheidungen ausüben kann! Auf ihre lebendige Aktivität wird es auch ankommen, wenn der volle und wirkliche Verzicht auf die Neutronenbombe erreicht werden soll.

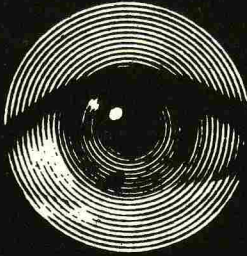
Diese Situation verlangt von uns allen vor allem aber von der Bundesregierung ein entschiedenes NEIN zur Produktion der Neutronenbombe wie auch ihrer Stationierung auf unserem Boden. Wenn es zum Bau der Bombe und zur Stationierung in der BRD käme, dann wäre wohl sehr bald auch das US-Depot im Oberwald dafür im Gespräch.

Die Einstellung des Wettrüstens ist dringlichstes Gebot unserer Zeit. Das Wettrüsten schafft keine Sicherheit, sondern bedroht den Weltfrieden und gefährdet Entspannung und Verständigung, es verhindert soziale Sicherheit, Reformen und einen wirksamen Kampf gegen Hunger, Elend, Krankheit und Armut. Niemand kann sich auf Dauer die Fortsetzung des Wettrüstens leisten. Unsere Welt braucht ein Gleichgewicht des Vertrauens und nicht des Schreckens, braucht Zusammenarbeit und nicht Konfrontation.

Der Kurswechsel zur politischen Entspannung wurde mit dem Besuch Breshnews in Bonn erfolgreich fortgesetzt. Jetzt muß ein Durchbruch zur militärischen Entspannung folgen. Die ungezügelt fortgesetzte Wettrüstung nutzt allein den Gegnern der Entspannung, sie nutzt allein denen, die am Wettrüsten verdienen, die deshalb Konfrontation nach innen und außen verschärfen, die alte Vorurteile schüren und mit Feindbildern des Kalten Krieges die Aufrüstung rechtfertigen und damit Frieden, Demokratie und Fortschritt aufhalten. Um Abrüstung und Frieden dreht sich im Grunde alles. Jeder in unserer Stadt ist davon betroffen.

Alle Parteien, die Kommunalpolitiker, alle Organisationen, die Kirchen, aber auch Einzelpersonen, können und müssen ihr Teil dazu beitragen, damit das Wettrüsten eingestellt wird und wir dem Weltfrieden ein Stück näher kommen.

BLICKPUNKT KOMMUNAL



B. B. bekam die gelbe Karte

Endlich schien der schon lange verlangte Kinderhort in greifbare Nähe gerückt. Aber durch ungeschickte Handlungsweise des Bürgermeisters wurde diese Einrichtung erneut verzögert. Bereits im September vergangenen Jahres hatte die DKP-Fraktion in einem Antrag bis zum Beginn des Schuljahres 78/79 in Mörfelden und Walldorf einen Kinderhort gefordert. Damals sollten bereits die notwendigen Mittel im Haushalt aufgenommen werden. Am 9. Januar dieses Jahres wurde die DKP-Fraktion in dieser Sache wieder vorgestellt. Beide Anträge wurden von der SPD damals in Prüfungsanträge umgewandelt. Eine direkte Ablehnung konnte sich zu diesem Zeitpunkt niemand mehr erlauben, da sich viele alleinstehende Mütter in einer starken Kinderhort-Bürgerinitiative zusammengeschlossen hatten. Dies alles rief der DKP-Stadtverordnete Heinz Hechler in der letzten Sitzung nochmals in Erinnerung. An diesem Abend stand ein Beschlüßvorschlag des Magistrates zur Entscheidung, ob, ab welchem Zeitpunkt und in welchen Räumlichkeiten ein Kinderhort, bzw. Kinderhorte, eingerichtet werden sollen. Alle Fraktionen kamen überein und beschlossen die Errichtung eines Kinderhortes bis zum Schulbeginn im Herbst dieses Jahres. Einstimmig beschloß man aber auch, auf Antrag der DKP, den Vorstellungen des Magistrats bezüglich der Auswahl der Räumlichkeiten, nicht zu folgen. Dieser Teil wurde aus dem eigentlichen Antrag ausgeklammert und wird nochmals in den Ausschüssen behandelt werden.

Warum ist nun die Sache schief gelaufen? Der Magistrat bot den Stadtverordneten für die Einrichtung eines Kinderhortes mehrere Gebäude zur Auswahl an, empfahl aber gleichzeitig das ideal gelegene städtische Wohnhaus, Feststr. 22, in Mörfelden. Dieses Doppelhaus wird zur Zeit in der einen Hälfte von einem Lehrer und in der anderen Hälfte von einer Familie mit 2 Kindern bewohnt. Bereits am 10. April befaßte sich der Magistrat mit dieser Sache und kam zu dem Entschluß, daß das Haus in der Feststraße geeignet sei. Am 17. April stand jedoch in einer öffentlichen Ausschußsitzung schon die Auswahl des Hauses zur Abstimmung, ohne das der Bürgermeister vorher mit den Mietern

Verbindung aufgenommen hatte. Dies wurde von den Vertretern der DKP scharf kritisiert. Erst am 18.4. trat der Bürgermeister telefonisch und am 21.4. schriftlich an die Mieter heran und orientierte sie über das geplante Vorhaben.

Hechler meinte in der Stadtverordnetenversammlung hierzu u.a.: „Bei aller Liebe zu diesem Thema können wir jedoch die Methoden des Bürgermeisters nicht gutheißen. Man hätte seitens des Magistrats unbedingt vor der ersten öffentlichen Ausschußsitzung Gespräche führen müssen, um unnötige Verzögerungen durch die Information von Seiten Dritter zu vermeiden. Hätte B. Brehl mit dem Mieter rechtzeitig gesprochen, dann hätte er in den Ausschüssen mitteilen können, daß hier mit Sicherheit weitere Kosten auf die Stadt zukommen, da der Mieter selbst ca. 25.000 DM zur Renovierung der Wohnung angelegt hatte und daß erst im Juni 1977 ein neuer Mietvertrag mit ihm abgeschlossen wurde. Herr Brehl hätte aber auch dem Ausschuß berichten können, daß es durch die Hellhörigkeit des Hauses evtl. mit dem Nachbarmietern zu Problemen führt.“

Eine solche Vorgehensweise des Bürgermeisters können wir auf keinen Fall billigen. Dies war auch die Meinung der Mehrheit des Stadtparlaments. DKP-Stadtverordneter Rudi Hechler meinte, daß es ab und zu notwendig ist, daß auch der Bürgermeister mal die gelbe Karte gezeigt bekommt. Abschließend kann man hierbei feststellen, daß ein Kinderhort auf jeden Fall kommen wird, wenn auch durch die Unachtsamkeit des Bürgermeisters eventuell eine kleine Verzögerung eintritt. Wenn in unserer Stadt nunmehr ein Kinderhort errichtet wird, dann können wir sicherlich sagen, daß unsere Fraktion hierzu nicht unwesentlich beigetragen hat. Ja wir glauben, daß wir mit unseren beiden Anträgen sogar den Stein ins Rollen gebracht haben. Großer Verdienst gebührt aber vor allem der Bürgerinitiative, die mit großer Aktivität auftrat und den Magistrat stark bedrängte. HH

Ja zum Naturschutzgebiet Mönchbruch

Stadtverordneter Dötsch
erklärte hierzu
für die DKP-Fraktion:

„Seit einigen Jahren ist festzustellen, daß sich Umweltbewußtsein entwickelt. Ging man in der Vergangenheit allzu großzügig mit Grünbezirken und vor allem mit Wäldern um, so stößt man heute schon auf erheblichen Widerstand aus der Bevölkerung, will man größeren Waldeinschlag planen. Ich möchte die Erweiterung des Flughafens und die Trassierung der IC-Strecke beispielhaft nennen. Wald ist im Laufe der Zeit nicht mehr pures Wirtschaftsobjekt, sondern ist Umweltfaktor geworden. Gerade im Ballungsgebiet Rhein-Main hat der Wald die Aufgabe, die Luft mit Sauerstoff anzureichern, den Lärm zu absorbieren und zurückzuhalten, den Grundwasserspiegel zu halten und Naherholungsgebiet zu sein. Unsere Forderung war deshalb schon vor Jahren, daß für jeden Baum, der wegen dringend erforderlicher Straßenbaumaßnahmen heute noch fällt, ein neuer gepflanzt wird. Das Waldareal darf sich auf keinen Fall nochmals verkleinern auf Kosten von Verkehrseinrichtungen, Wohnbau- oder Industriegebiete und militärischer Anlagen. Deshalb soll nicht nur dieses angesprochene Gebiet um Mönchbruch zum Naturschutzgebiet erklärt werden, sondern aller Wald in unserem Gemarkungsgebiet sollte zum Schonwald erklärt werden. Außerdem sollte der Magistrat bei den Nachbarn unserer Stadt darauf hinwirken, daß dort ebenfalls dem Wald der gebührende Schutz gewährt wird.“



Wo bald ein neues Naturschutzgebiet entstehen soll, rund um das ehemalige Jagdschloß Mönchbruch, stellten Naturschützer Schilder auf, um gegen die Zerstörung der Umwelt und gegen die Erweiterung des Flugplatzes zu protestieren. Denn würde die geplante Flugplatzweiterung Realität, ginge die neue Startbahn bis an die Grenzen dieses Naturschutzgebietes und würde das Ende der Ruhe und Geborgenheit dieses Fleckens Natur für Mensch und Tier bedeuten.

DKP-Fraktion gegen neues Stadtwappen

*In der letzten Stadtverordneten-
sitzung wurde gegen die Stimmen
der DKP ein neues Wappen und
eine neue Stadtflagge beschlossen.
In der Erklärung der DKP-Frak-
tion hieß es hierzu u.a.:*

„Wir sind als einzige Partei in Mörfelden
und Walldorf im Parlament, vor allem aber
auch außerparlamentarisch, entschieden
gegen die Fusion aufgetreten. Und sicher
wäre ohne die organisierende mobilisieren-
de Arbeit der DKP, die breite Protestbewe-
gung gegen die verordnete Zusammenlegung
nicht entstanden.

Diese Tatsachen sind bekannt, sie lassen
sich nicht aus der Welt schaffen.
Wir erinnern heute nur deshalb daran, weil
wir hoffen, daß unsere Ablehnung dieser
Vorlage verstanden wird.

Bei der Veränderung der Wappen und der
Stadtflagge handelt es sich zweifellos um
die Folgen einer Städtefusion, die die Mehr-
heit der Bevölkerung ablehnte. Die Kosten
für diese Veränderung sind nun sicher nicht
das Teuerste an der Fusion – aber immer-
hin – auch hier wurden die Bürger natürlich
nicht gefragt – genausowenig wie zur Fu-
sion selbst.

Wir haben die Befragung der Bürger übrigens
weit vor dem Zusammenschluß gefordert
– zu einem Zeitpunkt, als sie auch von der
CDU mit dem belehrenden Hinweis „wir le-
ben ja in einer repräsentativen Demokratie“
abgelehnt wurde.

Wir sind sicher, daß die Bürger dieser Stadt
die CDU-Landtagswahl-Strategie durch-
schauen werden.

Eine beiläufige Bemerkung zum Schluß:
Wir haben uns natürlich gefreut, daß die
SPD die ursprünglich vorgesehenen blauen
Streifen auf der geplanten Stadtflagge durch
rote ersetzen will. Wir hoffen, daß dies
keine ästhetische Entscheidung war, sondern
ein Besinnen auf die Arbeitertraditionen
dieser Stadt, in der konservative Kräfte
traditionsgemäß in der Minderheit waren.“



*Die DKP diskutiert in diesen Wochen gemeinsam mit parteilosen Bürgern ihren
Programm-Entwurf (unser Bild). Bei diesen Gesprächen gibt es keine Tabus,
kein Thema wird ausgeklammert, jeder kann mitdiskutieren. Wer an einem
solchen „Rundtisch-Gespräch“ teilnehmen möchte, oder wer den Programm-
Entwurf kostenlos zugestellt haben will, kann sich an folgende Adressen wen-
den:*

Gitti Haag, Mörfelden, Forsthausstr. 45, Telefon: 33 22

Gerd Schulmeyer, Mörfelden, Wolfsgartenstr. 2, Telefon: 23 366

Schildbürgerstreich

Wenn eine Stadt im Sommer 1977 in
einem Wohngebiet einen Bolzplatz mit
einer 4 m hohen Ballfangwand errich-
tet, im Frühjahr 1978 dann wegen der
starken Geräuschentwicklung die Ball-
fangwand mit Gummieinlagen versehen
läßt und wenn dann Ende April 1978
um ein Haar in der Stadtverordneten-
sitzung beschlossen worden wäre, dies
alles wieder zu beseitigen, dann kann
man das Ganze doch nur als einen
Schildbürgerstreich bezeichnen.
Dieser Vorgang trug sich in Mörfelden
zu. Die Kosten für Lieferung und Mon-
tage der Ballfangwand (Daimierstraße)
betrugen ca. 12.000 DM, für die De-
montage der Wand muß nochmals mit
3000 DM gerechnet werden. Kurz vor
der Stadtverordnetensitzung hatte nun
die DKP-Fraktion erfahren, daß ein

Unternehmen beauftragt ist, zur Lärm-
minderung die Ballfangwand für ca.
1000 DM mit einer Gummieinlage
zu versehen. Die Gesamtkosten für
diese Wand einschließlich ihrer Besei-
tigung würden sich somit auf ca.
16.000 DM belaufen. Hierin sind die
immensen Kosten, die der Spiel- bzw.
Bolzplatz als solcher gekostet hat,
nicht eingerechnet.

Offensichtlich haben die „Experten“
der SPD, die den Antrag auf Beseiti-
gung des Bolzplatzes gestellt haben,
dies alles doch wohl nicht bis ins
letzte Detail überlegt.

Die DKP-Fraktion stellte jedenfalls
den Antrag, das Ganze nochmals in
den zuständigen Ausschuß zu verwei-
sen, dem einstimmig Folge geleistet
wurde.

Wir sind der Meinung, daß man so
nicht mit Steuergeldern umgehen
darf.

HH

Enttäuschende Antwort vom Arbeitsamt

Im Januar dieses Jahres stellte die
DKP-Fraktion einige Fragen an den
Magistrat zum Thema Arbeitslosigkeit.
So wollten wir vor allem wissen, wie-
viel Arbeitslose es in unseren Stadt-
grenzen gibt und wieviel Jugendliche
ohne Arbeit und Lehrstelle sind.
Denn, so meinten wir, will die Stadt
ihren sozialen Anforderungen gerecht
werden, muß sie wissen, was in ihren
Mauern geschieht. Wir wollten eben-
so wissen, wieviel Lehrstellen von den
hier ansässigen Firmen in Gewerbe

und Industrie angeboten werden.
Nun liegt die Antwort der Arbeits-
amtdirektion Frankfurt vor, die für
uns enttäuschend ist. Das Zahlen-
material für die Stadt Mörfelden-
Walldorf wäre nicht verfügbar, heißt
es, und Sonderzählungen auf kommu-
naler Ebene seien wegen des damit
verbundenen Arbeitsaufwandes
nicht vorgesehen. Das ist unverständ-
lich. Im Zeitalter der elektronischen
Datenverarbeitung müßte es nach unse-
rer Meinung möglich sein, Informatio-
nen auch für kleinere Regionen abzu-
rufen.

Im Februar richteten wir eine Anfrage
an den Magistrat, in der wir die Mög-
lichkeit nach Berufsberatungsstunden
in unserer Stadt erfragten. Auch hierzu
ist die Antwort inzwischen eingegangen.

Das Arbeitsamt plant diese Berufsbera-
tungsstunden in der Gesamtschule durch-
zuführen. Gedacht ist an Gruppen- und
Einzelberatung. Wenn wir mit unseren
Initiativen in diesem Bereich bis jetzt
auch nur wenig Erfolg hatten, so freuen
wir uns doch, das es im Interesse der
Jugendlichen zur Berufsberatung am
Ort kommen wird.

Wieder soll eine berufliche Existenz vernichtet werden

„Das würde ja gegen alle Richtlinien verstoßen“ — mit dieser Feststellung soll der parlamentarische Staatssekretär Wrede in Bonn reagiert haben, als ihn MdB Hugo Brandt (SPD) dieser Tage mit dem neuesten Berufsverbotsfall vertraut machte. Diesmal ist es der Fernmeldewerker Hans Erich Rauch in Ginsheim (Hessen), dessen Existenz per Berufsverbot vernichtet werden soll. Seit Donnerstag, den 13. April, hat Hans Erich Rauch das vom Bundespostminister angeordnete Ultimatum schriftlich: Aus der DKP austreten oder den Arbeitsplatz verlieren.

Gemäß der Anweisung von oben setzt Amtsvorsteher Jörg für die geforderte Erklärung eine Frist bis zum 12. Mai „... nicht mehr für die DKP aktiv zu sein.“ Das kann sogar einschließen, daß er die DKP nicht mehr wählen darf. Falls Hans Erich Rauch die geforderte Erklärung nicht abgibt, soll dies „als eine Absicht dahingehend verstanden werden, daß Sie sich auch künftig (!) arbeitsvertrags- und gelöbniswidrig verhalten werden.“ Herr Gscheidle in Bonn hat es fertiggebracht, einen Eisenbahner nach 25 Jahren einwandfrei geleisteter Dienstzeit wegen DKP-Mitgliedschaft mit Berufsverbot zu belegen. Sein Vorgehen gegen den Arbeiter Hans Erich Rauch zeigt, wie die Berufsverbotspraxis allen schönen Worten aus der SPD-Spitze zum Trotz immer weiter verschärft und auf einen größeren Kreis von Betroffenen ausgedehnt wird.

Begonnen hatte es für Hans Erich Rauch mit einer mündlichen Anwei-

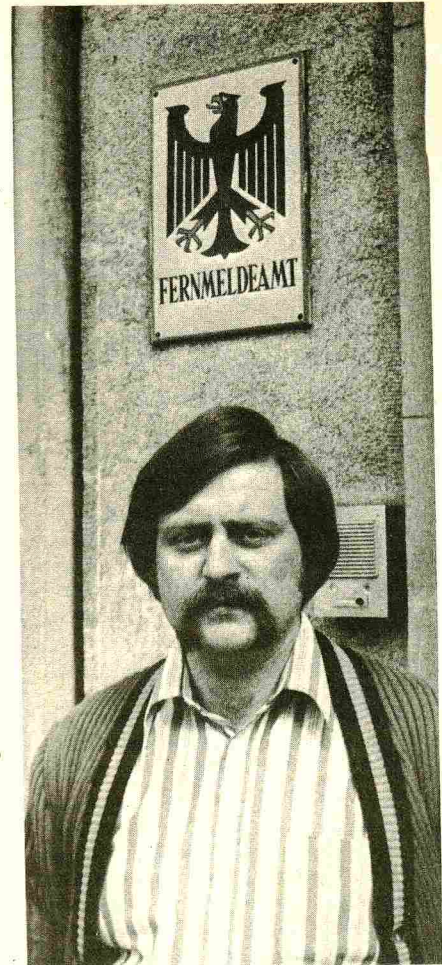


sung des Amtsvorstehers, bei der OPD Koblenz wegen seiner Mitgliedschaft bei der DKP vorzusprechen. Bei dieser „Anhörung“ — sie fand am 30. Januar statt — wurden ihm als belastende Momente die Kandidatur bei der Kommunalwahl 1977 und eine Reise in die DDR vor sieben Jahren vorgehalten. Seinem Anwalt, den er als Beistand nahm, wurde eine verharmlosende Erklärung für diesen Vorgang

zuteil: Es handle sich um kein Verhör, sondern lediglich um die Klärung von „Erkenntnissen“ für den Fall, daß der Betroffene sich einmal um eine Beamtenstelle bewerbe.

Mit dem Schreiben des Bundespostministers an Rechtsanwalt Volker Glöser vom 31.3. und des Amtsvorstehers beim Fernmeldeamt Mainz an Hans Erich Rauch vom 13.4. steht jedoch fest: dem Fernmeldehandwerker droht die Entlassung wegen „arbeitsvertragswidrigen Verhaltens“, falls er bis zum 12. Mai nicht erklärt, „nicht mehr für die DKP aktiv tätig zu sein“. Dieser Gummibegriff begnügt sich nicht mit der Aufgabe der Mitgliedschaft. Er verlangt praktisch politische Abstinenz. Dabei wissen der Minister in Bonn und der Amtsleiter in Mainz sehr wohl, von wem sie dies verlangen. Hans Erich Rauch hat seine Vorgesetzten über seine Vergangenheit und die Umstände, die ihn zur DKP führten, nicht im Unklaren gelassen.

Der Vater mußte mit 19 Jahren die Heimat verlassen, als ihm wegen Verteilen eines Flugblattes, in dem die Menschenschinderei in den KZ's enthüllt wurde, das Jugendsondergericht drohte. Als die Nazis das Saargebiet besetzten, floh er weiter nach Frankreich. Mit der Waffe in der Hand verteidigte er ein Jahr später die spanische Republik gegen die Söldner Hitlers und Mussolinis. Nach dem Sieg der Faschisten war wieder Frankreich die Zuflucht, aber nicht lange. Vom Vichy-Regime an die Gestapo ausgeliefert, schmachtete der Vater von Hans Erich Rauch im KZ Dachau, bis die Stunde der Befreiung durch amerikanische Soldaten schlug. Hans Erich Rauch und sein Vater haben jetzt Gelegenheit, über einen Ausspruch von Bundeskanzler Helmut Schmidt nachzudenken, den dieser bei seinem Besuch im ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz tat. Diese Kämpfer gegen den Faschismus seien der achtungswürdigste Teil unseres Volkes, so ließ er sich vernehmen. Und sein Bun-

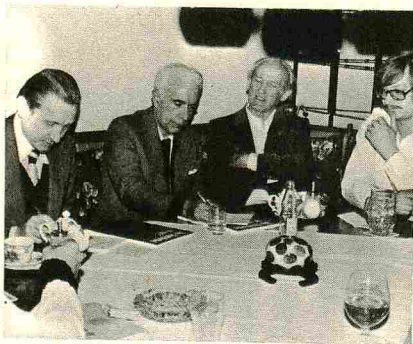


Hans-Erich Rauch
6095 GINSHEIM-GUSTAVSBURG
Mainzer Str. 50

despostminister? Er will den Sohn eines solchen Deutschen nicht einmal Arbeiter in der Bundespost sein lassen! So weit sind selbst die Nazis nicht gegangen, als sie mit ihrem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ das Modell für den „Radikalenerlaß“ von 1972 lieferten. Der Willkürakt aus Bonn wirft dunkle Schatten über eine junge Arbeiterfamilie, die demnächst ihr erstes Kind erwartet und gerade beginnen wollte, sich eine eigene Wohnung zu bauen. Aber seinen Zweck erreicht er nicht, nämlich daß die Betroffenen zurückweichen. Das niederträchtige Ultimatum gegen Hans Erich Rauch empört nicht nur immer mehr Arbeitskollegen.

Es hat in Ginsheim eine ständig anwachsende Welle der Solidarität ausgelöst. Immer mehr Gewerkschafter erheben ihre Stimme für Hans Erich Rauch. Herr Gscheidle wird noch merken, daß der achtungswürdigste Teil unseres Volkes, den Bundeskanzler Schmidt in Auschwitz beschwor, auch heute für die Verteidigung von Demokratie und Freiheit eintritt.

DKP empfing Delegationen der KP Paraguays und Italiens in Mörfelden



Die DKP-Mörfelden-Walldorf hatte internationale Gäste. Sie empfing eine Delegation der Kommunistischen Partei Paraguays. Ihr gehörten an: der Generalsekretär der Partei, Antonio Maidana und das Mitglied des Zentralkomitees Alfredo Alcorta.

Die Delegation, die zuvor die Opel-Werke in Rüsselsheim besucht hatte, informierte sich in Mörfelden-Walldorf hauptsächlich über die Entwicklung der kommunalen Arbeit der DKP. Die Paraguayische Kommunistische Partei führt einen konsequenten Kampf unter den schweren Bedingungen der Militär- und Polizei-Diktatur unter General Stroessner. Die KP in Paraguay war in den 50 Jahren ihres Bestehens nur knapp acht Monate legal. Die Diktatur Stroessners hat in den letzten Jahren hunderte von Patrioten und Demokraten bestialisch ermordet, die verschiedenen sozialen und politischen Schichten angehörten. Die Polizeireviere sind überfüllt von Häftlingen, die in Ketten gehalten werden. Viele von ihnen sind zur Zwangsarbeit in die Konzentrationslager Takumbu und Tschako verschickt worden, wo sie grauenhaft behandelt werden. Auch die beiden Delegationsmitglieder verbrachten je 19 Jahre ihres Lebens hinter KZ-Mauern.

Und den dort herrschenden General Stroessner empfing vor kurzem Bayerns Ministerpräsident Goppel. Ein erneuter Beweis, nach den Besuchen von Strauß und Dregger in Chile und Südafrika, daß die CDU/CSU-Führer jeder blutbesudelten Junta die Hand reichen. Ein Zeichen ihres wahren Denkens.

Aber ungeachtet des Polizeiterrors versucht das Volk Paraguays einen Widerstand gegen das Regime der wachsenden Ausbeutung und des zunehmenden Elends aufzubauen und zu organisieren und zu entschlosseneren Formen des Kampfes überzugehen.

Mitte Mai hatte die DKP-Mörfelden-Walldorf eine Delegation der Kommunistischen Partei Italiens zu Gast. Der Abordnung gehörten an: Anna die Lellio (Leiterin der Kommission für Hochschulpolitik, Abteilung Schulpolitik beim ZK), Grazia Gimmelli (Mitglied des Exekutivkomitees der Gewerkschaft CGIL, Abteilung Schule und Erziehung) und Giuliano Gubbiotti (Mitglied des Nationalen Sekretariats des Kommunistischen Jugendverbandes). Nach einer Begrüßung im Rathaus Mörfelden durch Vertreter der DKP, an der Rudi Hechler, Fraktionsvorsitzender der DKP-Mörfelden-Walldorf, Ernst Knöß, Stadtverbandsvorsitzender der DKP-Mörfelden-Walldorf und Gerd Schulmeyer, Vorsitzender der DKP-Grundeinheit „Altstadt“ teilnahmen, wurden verschiedene kommunale Einrichtungen, darunter die Jugendzentren in Mörfelden und Walldorf besichtigt. An der anschließenden Aussprache



nahmen zahlreiche Mitglieder der Grundeinheiten der DKP-Mörfelden-Walldorf und der SDAJ teil. Im Mittelpunkt der Diskussion standen Fragen der politischen Entwicklung in Italien sowie die Rechtsentwicklung in der BRD, die von der KPI mit Sorge beobachtet wird.

(Unser Bild: Herbert Osswald, Walldorf, Kreisvorsitzender der SDAJ, überreicht Geschenke an die Genossen der italienischen Bruderpartei.)



Auch in diesem Jahr gab es am 1. Mai im Bürgerhaus Mörfelden eine gutbesuchte Kundgebung. Bürgermeister Brehl begrüßte die Anwesenden und Günther Arndt, Mitglied des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, hielt die Maiansprache. Das Programm wurde umrahmt vom SKV-Blasorchester, den SKV-Sängern und der SKV-Radsportabteilung. E. Schaffner sprach Gedichte. Für seine langjährige Tätigkeit als Vorsitzender des DGB-Ortskartells wurde Artur Siegel geehrt. Bei der anschließenden Demonstration zum Rathausplatz (unser Bild) wurde u.a. die Forderung „35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich“ mitgeführt.

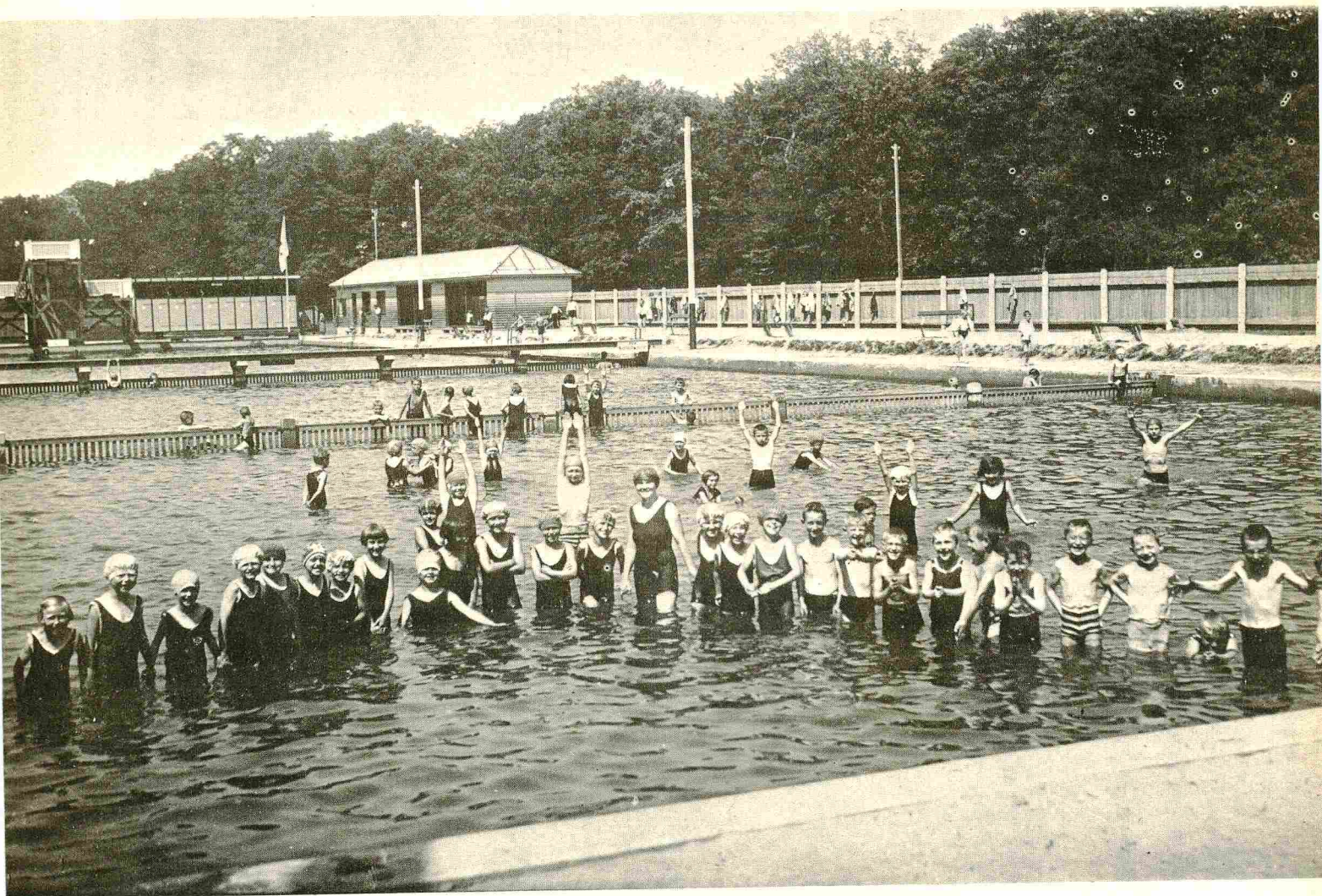
Literaturcafé im Bürgerhaus

Am Donnerstag, 1. Juni 1978 findet um 20 Uhr im Bürgerhaus Mörfelden das diesjährige Literatur-Café der DKP statt.

Wie im vergangenen Jahr konnte eine Reihe bekann-

ter Schriftsteller dafür gewonnen werden. Gerd Fuchs, Uwe Timm und Jost Krüger lesen aus ihren neuen Büchern und stellen sich der Diskussion.

Alle Bürger sind hierzu herzlich eingeladen.



Mörfelden gestern

Seit ein paar Wochen ist die Badesaison '78 eröffnet. Trotz dem Ärger über die erhöhten Eintrittspreise haben die Wasser-ratten ihren Spaß in unserem herrlichen Schwimmbad, genau wie auf diesem alten Bild. Es wurde im alten Schwimmbad aufgenommen, das in diesem Jahr seinen 50. Geburtstag feiern könnte. Die Anlage von 1928 gehörte zu den ersten ihrer Art im Kreis Groß-Gerau und im ganzen Hessenland. Bemerkenswert ist eine Gegenüberstellung der Baukosten von damals und denen des Umbaus von 1963: Der Erstausbau belief sich auf 70.000 Reichsmark, die Kosten für die Neuanlage betragen 1,3 Millionen Mark.

Bei der Eröffnung am 1. Pfingstfeiertag 1928 publizierte die damalige Gemeindeverwaltung nicht ohne Stolz: „Das Mörfelder Schwimmbad, eingebettet zwischen herrlichen Waldungen, gehört mit seinem 100 Meter langen und 25 Meter breiten Schwimmbecken zu den größten und schönsten Schwimm-, Luft- und Sonnenbädern von ganz Hessen.“ Dieses Bild wird neben zahlreichen anderen Fotos vom „alten Mörfelden“ im neuen „blickpunkt“-Buch, das unter dem Titel „Merfelder Gebabbel“ noch in diesem Sommer erscheinen wird, zu finden sein.